

Die Politisierung des Islam - Bedeutendstes Phänomen der Gegenwart oder wichtigste wahrgenommene Tendenz des muslimischen Kulturkreises?

Eine Begegnung mit Udo Steinbach

(Auszug aus einem Gespräch im Jahre 2010, schriftliche Fassung und Redaktion 2011)

Mohammed Khallouk (Marburg)

Westlicher Universalanspruch fördert kollektives Aufbegehren der Muslime

KHALLOUK: Samuel Huntington vertritt in seinem Buch „Clash of Civilisations“ die These einer die gesamte Historie hindurch vorhandenen Rivalität zwischen dem islamischen und dem westlichen Kulturkreis. Mit dem Ende der Dualität zweier im Westen entstandener polit-ökonomischer materialistischer Ideologien, des Kommunismus und des liberalen Kapitalismus, sei diese, an die Geschichte anknüpfende zivilisatorische Rivalität Westen-Islam wieder der bedeutendste politisch-ideologische Gegensatz auf globaler Ebene. Zwar geht Huntington von 6 bis 8 sich tendenziell feindlich gegenüberstehenden Kulturkreisen aus, deren Rivalität nehme jedoch weder das Ausmaß und die Dimension des Konfliktes zwischen Westen und Islam an noch äußere er sich in gleichem Maße in Gewalthaftigkeit und kriegerischen Auseinandersetzungen.

Man mag Huntingtons Weltsicht gegenüber kritisch eingestellt sein, bestreiten lässt sich allerdings nicht, dass überdurchschnittlich viele politische Konflikte in jüngster Vergangenheit in diesem sogenannten „islamischen Kulturkreis“ stattgefunden haben und zumindest verbal der Westen oder die vom Westen ausgehende Moderne von im Namen des Islam agierenden politischen Bewegungen zum „Hauptfeind“ erklärt wurde. Ebenso haben Umfragen verschiedener Institute ergeben, dass die Ansicht der nichtmuslimischen Majorität in Deutschland zu keiner anderen kulturfremden Weltreligion so sehr von einem Bedrohungsgefühl geprägt ist wie gegenüber dem Islam. Huntington erklärt diese Rivalität mit einem generellen Universalanspruch beider Zivilisationen.

Nicht selten wird in diesem Zusammenhang auf die imperiale Vergangenheit der Europäer in außereuropäischen Regionen verwiesen und das Begehren, über das Instrument der Religion sich diesem, bis in die Gegenwart hinein wahrgenommenen, „westlichen Imperialismus“ entgegenzustellen. Tatsache ist jedoch, dass die anderen nichtwestlichen Religionen nicht in gleicher Weise für politische Opposition gegen den Westen instrumentalisiert werden wie der Islam. Wie erklären Sie sich, dass der Islam sich erstens allgemein leicht politisch instrumentalisieren lässt und zweitens immer wieder für gegen die westliche Moderne gerichtete Widerstandsbewegungen herangezogen wird?

STEINBACH: Zunächst einmal erachte ich Ihr Bestreben, einen Vergleich zu anderen nichtwestlichen Religionen und Denkrichtungen zu ziehen, als angemessen, da der westliche Universalanspruch alle nichtwestlichen Zivilisationen gleichermaßen berührt. Hierbei ist nicht zu übersehen, dass der hinduistische und buddhistische Kulturkreis in anderer Form auf diese westliche Dominanz reagieren als die islamische Zivilisation. Der Grund liegt darin, dass der Islam von Anfang an eine umfassende Lebensordnung beinhaltet und die menschliche Lebenspraxis umfassend bestimmt. Die islamische Lehre beschränkt sich nicht darauf, religiöse Weisung zu geben oder religiösen Trost mit Blick auf das Jenseits zu versprechen, sondern sie stellt den Einzelnen als Menschen in eine umfassende Ordnung im Rahmen eines gesellschaftlichen Kollektivs, das auch als ganzes vom Islam erfasst und von seinem Regelwerk durchdrungen ist.

In dieser Dimension ist der Gemeinschaftsbezug bei keiner anderen bedeutenden Weltreligion und Weltkultur derart ausgeprägt. Vor diesem Hintergrund ist letztlich auch die kollektive Reaktion der islamischen Zivilisation auf den Westen zu verstehen. Bei dieser Verquickung der Religion mit der Gesellschaft zeigen sich Stärken ebenso wie Schwächen für die Zivilisation. Die Stärken waren spürbar über Jahrhunderte, so dass sich der Islam zu einer kulturell und politisch mobilisierenden Kraft entwickeln konnte. Die Ausbreitung der Umma nach 622, die über viele Jahrhunderte sich fortsetzte und letztlich mit Teilen von Afrika, Asien und Europa drei Kontinente erfasst hat, ist der Beleg für diese mobilisierende Kraft. Als Schwäche erwies sich diese Tendenz zur Umfassung der Gesamtgesellschaft in dem Augenblick, als die islamische Zivilisation in die Defensive geraten ist und mit dieser unübersehbar auch das Prinzip der islamischen Umma, des islamischen Gemeinwesens, das unübersehbar mit der Dynamik des Westens nicht mehr mithalten konnte.

Es erfolgte hierauf in der Islamischen Welt eine Reihe von Reaktionen. Eine frühe Reaktion war die Herausbildung des Wahhabismus im 18. Jahrhundert, der bis in die Gegenwart auf der Arabischen Halbinsel Wirkung entfaltet. Eine Reaktion anderer Art bedeutete der Versuch, den Westen mit einem aufgeklärten, modern interpretierten Islam in Kompatibilität zu bringen. Dieses Bestreben wird mit verschiedenen muslimischen Intellektuellen im 19. und frühen 20. Jahrhundert in Verbindung gebracht. In den letzten Jahrzehnten haben wir allerdings erlebt, dass man auf den Islam als einer Ressource des Widerstandes zurückgegriffen hat. Er wurde für den Widerstand gegen einen Westen instrumentalisiert, der sich in jeder Weise, d.h. sowohl militärisch, politisch und ökonomisch als auch kulturell dominant erwies. Vom Stand der islamisch geleiteten Umma war diese Entwicklung schwer akzeptabel.

Im 20. Jahrhundert hat der Islam die Dimension einer politischen Ideologie erhalten. Ihre Begründer verbanden Elemente europäischer Ideologien mit ihrer Deutung des Islam. Sie instrumentalisierten ihn zu einer politischen Agenda mit dem Ziel einer tief greifenden Veränderung ihrer Gesellschaften und der Stellung der Islamischen Welt in der internationalen Ordnung. In diesem Sinne verstehe ich den pakistanischen Ideologen Maududi und ebenso den Ägypter Sayyed Qutb. Diese Form der politischen Instrumentalisierung des Islam hat darin ihre Ursache, dass der Islam wesentlich von einem kollektiven gesellschaftlichen Anspruch geleitet ist und die Umma notwendig als „beste Gemeinde“ auffasst: „Kuntum kheira ummatin“ (Sure 3, Vers 110), „ihr seid die beste Gemeinde“. Vor diesem Hintergrund ordne ich die Tatsache ein, dass in der Gegenwart, in der sich die westliche Zivilisation als eine weltweit dominierende Macht präsentiert, und in der in den unterschiedlichen Kulturkreisen ganz unterschiedliche Antworten auf diese westliche Herausforderung gefunden werden, Muslime ihre Antwort darauf entscheidend in die religiöse Dimension verlegen.

KHALLOUK: Sie haben diesen Koranvers nur unvollständig zitiert und ich glaube, dass aus dieser unvollständigen Wiedergabe Missverständnisse und letztlich Missdeutungen entstehen können. Deswegen erachte ich es für angebracht, ihn nun vollständig zu zitieren: „Kuntum kheira ummatim ukhrijat linnas, tamoruna bial-maarufi watanhawna ani al-monkar watuminuna biallahi.“ Die deutsche Übersetzung dafür lautet: „Ihr seid die beste Gemeinschaft, die den Menschen je zuteil wurde, sofern ihr zum einen die Rechtschaffenheit als Grundlage setzt und dementsprechend jegliches Unrecht untersagt, sowie zum anderen durch euren aufrechten Glauben an Allah und seine Botschaft.“

An dem von Ihnen zitierten Text zeigt sich eines der Probleme der westlichen Welt im Verhältnis zur islamischen Zivilisation. In der Islamischen Welt ist die Ansicht verbreitet, dass die europäischen Islamwissenschaftler bestrebt seien, bestimmte Passagen des Koran aus dem Kontext herauszureißen und unvollständig zitiert für die Bestätigung bestehender ideologischer Voreingenommenheiten zu instrumentalisieren. Zwar unterstelle ich Ihnen diese

Methode nicht, bin aber dennoch sehr daran gelegen, dass die entsprechenden Verse vollständig wiedergegeben werden, damit der Eindruck anhand des Textes widerlegt werden kann, der Islam verleite zu einem Auserwähltheitsdünkel, denn insbesondere dieser Vers belegt das Gegenteil.

STEINBACH: Was den Inhalt dieses Verses betrifft, gebe ich Ihnen recht. Ich habe ihn nur teilweise wiedergegeben. Dennoch kann ich in der gesamten Islamischen Welt ein Gefühl verspüren, dass man sich in einem Zustand der Unterlegenheit befinde und danach strebt, aus dieser Unterlegenheit herauszugelangen. Selbstverständlich soll der Islam diesen Weg aus der Unterlegenheit weisen. Der zweite Teil des Verses weist aber darauf hin, dass hierzu die Muslime eine Wegweisung benötigen, die ihnen zeige, welcher Weg Rechtschaffenheit bedeute und welcher Weg zum Unrecht führe.

Nach Auffassung einiger Ideologen sind die Persönlichkeiten, die diese Wegweisung geben und das Rechtmäßige anordnen bzw. das Unrechtmäßige untersagen, in der gegenwärtigen islamischen Gesellschaft nicht vorhanden oder tragen keine gesellschaftliche Verantwortung. Sayyed Qutb geht sogar davon aus, dass sich die Islamische Welt der Gegenwart im Zustand des Djahilija, also des Heidentums, befinde und durch verantwortungsvolle Autoritäten herausgeführt werden müsse. In dieser Koraninterpretation erkenne ich durchaus die Tendenz, einer bestimmten – gegebenenfalls selbst ernannten - Elite die Alleinrechtmäßigkeit, das Wort Gottes korrekt auszulegen, zuzusprechen. In diesem Vers erkenne ich daher durchaus die Gefahr, ihn in der Weise zu instrumentalisieren, dass eine bestimmte Elite, die sich selbst als eine Art Avantgarde oder Vorhut versteht, befugt sei, die Islamische Welt aus der Krise und Unterlegenheit gegenüber dem Westen herauszuführen und diejenigen von den politischen und gesellschaftlichen Machtpositionen zu verdrängen, denen man die Verantwortung für diesen Zustand zuschreibt.

Islamismus als Konzept globaler Gerechtigkeit?

KHALLOUK: In der westlichen Welt ist die Ansicht verbreitet, der Islamismus entstehe, weil die Muslime unter einem Minderwertigkeitsgefühl litten. Die Islamisten selbst jedenfalls geben sich davon überzeugt, ihr Gesellschaftsmodell stelle eine erstrebenswerte Alternative zu den herrschenden materialistischen Ideologien Kommunismus und Kapitalismus dar. Diese europäisch entstandenen Ideologien seien durch die postkolonialen Eliten in der Arabischen Welt repräsentiert worden und mithin verkörpert worden durch politische Parteien, die dort im 20. Jahrhundert die politische Führung inne hatten. Hierzu zählt man u.a. die sozialistischen Parteien in Syrien und im Irak, die Nasseristen in Ägypten, aber auch die zum Kapitalismus tendierenden traditionellen monarchietreuen Parteien in Marokko.

Deren Ziel einer Verringerung des zivilisatorischen Rückstands zum Westen sei gescheitert. Die Islamisten erheben vor diesem Hintergrund den Anspruch, mit ihrer Ordnungsvorstellung nun eine Alternative zu bieten, worüber die noch ausstehende gesellschaftliche Problemlösung erfolgen werde. Sie sehen sich folglich als moralisch wie konzeptionell mindestens ebenbürtig zum Westen, in keiner Weise jedoch minderwertig an.

STEINBACH: Dem ist zuzustimmen. Zudem besteht in weiten Teilen der Islamischen Welt das Bewusstsein, diese globale Ordnung erweise sich nicht als gerecht. Vielmehr sei die moderne Welt von Prinzipien bestimmt, die den Anforderungen an die gesellschaftliche und individuelle Existenz im Islam entgegen gerichtet seien. Insofern bin ich der Überzeugung, der Islam insgesamt – nicht nur der sogenannte Islamismus – stellt sich seit dem Ende des Marxismus-Leninismus als breiteste geistig-politische Strömung weltweit dar, die Menschen beunruhigt, mobilisiert und ein Betroffenheitsgefühl hervorruft.

Das Bewusstsein, von einer schwer akzeptablen, ungerechten Weltordnung betroffen zu sein, lässt sich nicht nur im Mittleren Osten feststellen, sondern ebenso bei der muslimischen Minorität in Indien und bei den Muslimen in Südostasien. Der Islam zeigt sich somit insgesamt als Religion und geistige Strömung, die Menschen über den politischen, wirtschaftlichen und geistigen Zustand der Welt reflektieren lässt. Dennoch sind die Antworten, die darauf im Spektrum der Islamischen Welt gegeben werden, sehr unterschiedlich. Die Islamisten, vor allem diejenigen, die gewaltbereit sind oder zumindest den Islam zu einer politischen Agenda umfunktionieren, erheben den Anspruch, die geeigneten Konzepte parat zu haben, diese weltweite Ungerechtigkeit zu überwinden.

Ich erinnere mich an die Äußerung eines jungen Mannes, der zu den Drahtziehern des Attentats von Bali im Jahre 2002 gehörte, die mich tief bewegt hat. Er wurde nach dem Motiv seiner Tat gefragt und antwortete darauf: „Ich wollte mich für diese ganze Ungerechtigkeit rächen.“ Diese Aussage mag nicht den Mainstream der islamistischen Einstellungen widerspiegeln, dennoch besteht bei ihnen ein Gefühl der Rechtmäßigkeit ihrer Handlungen. Man verfolgt eine Strategie, die aus dem Islam heraus als rechtmäßige Strategie interpretiert wird, mit dem Ziel, den Zustand der Ungerechtigkeit in der Welt zu überwinden. Diese Strategie fasst man als Alternative zu jeglichen Strategien auf, die seit dem Ersten Weltkrieg in der Islamischen Welt entwickelt wurden und den Umschwung in die Säkularität, zu den westlichen Ideologien hin verfolgten.

Die Eliten weithin in der Islamischen Welt hatten mit westlichen Ideologien, die als vorbildlich galten, experimentiert. Die islamischen Staaten orientierten sich am Nationalismus, am Säkularismus, am Sozialismus, am Liberalismus und zuletzt sogar am Kommunismus. Man erkannte jedoch ab einem bestimmten Punkt Mitte der 60er Jahre, dass diese vom Westen übernommenen Strategien die gesellschaftlichen Probleme ihrer Region nicht lösten. Sie erwiesen sich nicht als geeignet, die Islamische Welt zum „Grandeur“ zurückzuführen oder zumindest in die Lage zu versetzen, der westlich geprägten Moderne etwas Eigenständiges entgegenzusetzen.

Von diesem Augenblick an trat die islamistische Weltansicht in Erscheinung. Die Islamisten präsentierten ihre Agenda und führten das Scheitern der prowestlichen, bislang verfolgten Strategien auf deren Trennung zwischen Politik und Religion zurück. Bereits vier Jahre nach der offiziellen Abschaffung des Kalifats (1924) im Jahre 1928 kam es zur Gründung der ägyptischen Muslimbrüder, die das Ziel verfolgten, Religion und Politik wieder zusammenzubringen. Hier trat eine auf die gesamte Islamgeschichte bezogene einzigartige Islaminterpretation auf. So sehr man sich ideologisch auf die Tradition beziehen mochte, handelte es sich bei der hier auftretenden Bewegung unverkennbar um ein modernes Phänomen, ein Phänomen des 20. Jahrhunderts. In dieser ideologischen Weise hatte sich der Islam als mobilisierende Kraft durch seine gesamte Geschichte hindurch bisher noch niemals präsentiert.

KHALLOUK: Einige westliche Intellektuelle gelangen zu der Schlussfolgerung, der Islamismus sei deshalb in der Islamischen Welt verbreitet, weil der Islam als Gesellschaftsordnung von vorn herein keine Trennung zwischen Staat und Religion vornehme und sich als umfassendes System, als umfassende Ordnung erweise. Ich verweise nur auf die Interpretationen von Gilles Kepel. Er verwechselt bei seinen Ausführungen zwischen Ursache und Wirkung. Zudem verallgemeinert er und überträgt in bestimmten Kontexten vorgefundene Phänomene auf die gesamte islamistische Szene. Er unterstellt, Islamisten seien generell gewaltbereit und grundsätzlich zu einem ernsthaften Kulturdialog mit dem Westen nicht bereit oder in der Lage.

Diese Tendenz westlicher Intellektueller zur Übertragung in bestimmten Kontexten, bei einzelnen Bewegungen vorgefundener Charakteristika auf den Islamismus oder sogar auf den Islam schlechthin erschwert das Zueinanderfinden zwischen westlicher und islamischer

Zivilisation und erweist sich für die Islamisten prinzipiell als eine Ausgrenzung von jeglichem ernsthaften Dialog. Übersehen wird dabei, dass neben der radikalen, dialogunfähigen und z. T. sogar gewaltbereiten Minorität die Majorität der Islamisten trotz einer unverkennbaren Modernisierungsskepsis die Voraussetzungen zum Dialog besitzt und für logische, rationale Argumente empfänglich ist. Wie lässt sich dieser Tendenz zur Verallgemeinerung bei westlichen Intellektuellen im Zusammenhang mit Islam und Islamismus angemessen begegnen?

STEINBACH: Die von Ihnen beschriebene ressentimentgeladene Sichtweise lässt sich leider in unserer Gesellschaft leicht in medialen Profit umwandeln. Gilles Kepel ist deswegen ein bekannter Autor und Publizist, der überall im Westen auftritt und ein Publikum findet, das seine Botschaft zu hören erwartet. Ich allerdings teile Ihre Ansicht, dass der radikale, gewaltbereite Islamismus in der Realität ein marginales Phänomen darstellt. Es handelt sich natürlich um eine nicht zu verschweigende Realität, welche die Schlagzeilen der Massenmedien prägt. In der öffentlichen Wahrnehmung zeigt sich dieses Phänomen jedoch als bedeutsamer als es in der Wirklichkeit ist. Vor diesem Hintergrund bin ich der Auffassung, dass wir bei der Betrachtung der Reaktion der Islamischen Welt auf den Westen und die von diesem ausgehende Moderne als „Herausforderung Islam“ die Islamische Zivilisation in ihrer Gesamtheit betrachten müssen; wir sollten aufhören, uns auf ein letztlich marginales ideologisches, politisches und terroristisches Extrem zu fixieren.

Es gilt, die Gesamtheit der islamischen oder islamistischen Bewegungen, d.h. die Gesamtheit der Reaktion unter Muslimen an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert auf die Begegnung mit dem Westen in den Blick zu nehmen. Hierbei tritt ein breiter Strom von Theologen und Philosophen in nahezu allen Teilen der Islamischen Welt in Erscheinung. Ebenso existiert im politischen Raum eine Vielzahl an Bewegungen, die sich auf islamischen Prinzipien gründen, aber weder gewaltbereit sind, noch sich gegen ihre eigene Gesellschaft erheben. Vielmehr werden nicht wenige dieser Bewegungen daran gehindert, in dem jeweiligen politischen Spektrum ihres Landes den angemessenen Platz zu finden. Dies gilt für islamistische Bewegungen in den nordafrikanischen Staaten wie Ägypten, Marokko, Algerien, Tunesien und ebenso für jene der Arabischen Halbinsel.

Der Islamismus stellt generell eine Reaktion auf den Westen dar und sollte in die politischen Strukturen der Staaten sowie letztendlich in demokratische Mechanismen eingebunden werden. Ich bin davon überzeugt, dass die Mehrheit der Islamisten bereit ist, diesen Weg zu akzeptieren. Er wird ihnen leider immer wieder von den herrschenden Obrigkeiten versperrt. Ägypten könnte hierfür als Beispiel herhalten, wo Jahrzehnte lang die Partei des Präsidenten einen unanfechtbaren Hegemonialanspruch erhob. Ebenso zeigt sich diese Behinderung der Entfaltung von Bewegungen aus der Bevölkerung im Iran, wo sich ein Establishment, das sich nach einer Revolution behauptet hat, nun derartig verfestigt, dass man keine Bereitschaft mehr erkennen lässt, die Stimme des Volkes angemessen auszuzählen.

Meine Strategie hingegen ist die Strategie des Dialoges und einer umfassenden Begegnung zwischen Repräsentanten des Westens und Repräsentanten der Islamischen Zivilisation auf der Basis einer Konvention, in der man sich dazu bekennt, das gleiche Anliegen zu verfolgen, d.h. eine humane Weltordnung anzustreben. Dieses Ziel, eine humane Welt aufzubauen, in der das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen auf gleichberechtigter Basis gelingt, ist demnach im Westen und im Osten identisch.

KHALLOUK: Zwar wurde dieser Dialog immer wieder von westlichen Intellektuellen und Politikern, sogar vom Papst und den Vertretern der Kirchen öffentlich angemahnt, bisher konnte dieses ressentimentbeladene Islambild allerdings noch nicht aus der westlichen Gesellschaft entfernt werden. Publizisten wie Kepel verbreiten erfolgreich ihre verallgemeinernden Sichtweisen zum Islam und zum Islamismus. Vor diesem Hintergrund

entsteht immer wieder die Frage, wer den geeigneten Partner für den Westen in diesem Kulturdialog auf islamischer Seite darstellen sollte. Immer wieder wird von westlichen Verantwortungsträgern angeführt, es gäbe im Islam keinen Repräsentanten, der für die gesamte Religion und die gesamte Zivilisation als Dialogpartner akzeptiert werden könne. Ist dieser Pluralismus, diese Heterogenität innerhalb des Islam tatsächlich ein Hindernis für einen Kulturdialog mit dem Westen oder wurde hier nur ein Hinderungsgrund gefunden, um sich diesem mühevollen und letztlich in der eigenen Gesellschaft aufgestellten Tabus in Frage stellenden Dialog zu entziehen?

STEINBACH: Diese Pluralität im islamischen Kulturkreis müssen wir akzeptieren, denn bei uns im Westen zeigen sich ebenfalls sehr unterschiedliche Auffassungen von Moderne. Unsere Modernität ist zwar insgesamt stärker säkular geprägt, dennoch zeigen sich auch im Westen viele religiös eingefärbte politische und gesellschaftliche Kräfte, die in keiner Weise auf einen aus der Religion legitimierten Staat abzielen. Die Religion spielt in der europäischen Gesellschaft eine erheblich größere Rolle als gemeinhin wahrgenommen wird. Vor diesem Hintergrund lässt sich nicht von „dem Dialog“ und von „einer Gruppe oder zwei Gruppen von Menschen“ sprechen, sondern es gilt, die mannigfaltigen gesellschaftlichen Erscheinungsformen in Betracht zu ziehen, wobei Individuen mit den unterschiedlichsten Religionsverständnissen aufeinander zugehen sollten.

Dieser vielversprechende Ansatz ist bereits vielerorts verfolgt worden. Ich erinnere mich an den Menschenrechtsdialog, den ich von 1988 bis 1994 mit Repräsentanten des Iran geführt habe. Ich behalte diesen Dialog als bewegendes geistiges Erlebnis in Erinnerung. Ich konnte erfahren, dass die iranische Seite aus einem anderen Kontext zu der Thematik „Menschenrechte“ gefunden hatte. Gemeinsam sind wir aber zu dem Konsens gelangt, dass die Menschenrechte einen bedeutenden Stellenwert besitzen - unabhängig davon, ob wir uns aus einem westlich-säkularen Kontext heraus oder aus einem islamischen Kontext diesem Thema nähern. Dem entsprechend stand die Frage im Mittelpunkt, wie wir die Menschenrechte im jeweiligen System verankern können und zur Verpflichtung erheben, so dass sie die Menschen tatsächlich vor Willkür anderer oder seitens des Staates schützen.

Diesen Dialog, den wir damals mit dem Iran geführt haben, könnte man ebenso mit den Muslimen anderer Gemeinwesen führen. Die Menschenrechte sollte man dabei immer wieder thematisieren, ebenso die Demokratie. Man kann den Dialog jedoch auch von einem vollständig divergenten thematischen Kontext aus initiieren. Hier bietet sich z.B. die Umwelt an, denn im Islam besitzt sie ebenso wie bei uns im Westen einen hohen Stellenwert, weil Gott nach islamischer wie jüdisch-christlicher Lehre den Menschen die Umwelt zur Erhaltung und Sicherung der Fortdauer des Lebens geschenkt hat. Ich kenne durchaus Versuche, einen Dialog der Kulturen unter Umweltschutzgesichtspunkten zu führen. Wenn man sich dabei im Islam wie in Europa so weit aufeinander zu zubewegen in der Lage ist, dass man sich bereit zeigt, die Differenzen zu akzeptieren, zugleich aber die gemeinsame Verantwortung für unsere Umwelt als Erhaltung des Lebensraums des Menschen – unabhängig ob Christ, Muslim oder Hinduist – anerkennt, hat sich dieser Dialog als Erfolg erwiesen.

Zwischen Scharia und Moderne braucht keine Diskrepanz zu bestehen

KHALLOUK: Eines der Probleme, die sich besonders in den mehrheitlich nichtmuslimischen westlichen Staaten stellen und folglich Gegenstand des Kulturdialoges darstellen sollten, ist die Frage einer Durchsetzung der Scharia. Für Muslime bildet die Scharia nicht nur die Richtschnur ihres individuellen Lebens, sondern sollte ebenso die Grundlagen der Rechts- und Gesellschaftsordnung beinhalten. Es steht aber nicht zu erwarten, dass nichtmuslimische Europäer sich an Regeln gebunden fühlen, die einer Religion von Immigranten entnommen

sind und die ihrem Wertempfinden widersprechen. Dennoch sind die Muslime, die nun eine immer weiter wachsende Bevölkerungsgruppe in Europa darstellen, davon überzeugt, die Scharia stelle eine umfassende Lebensordnung dar, die weiterhin und an jedem Ort Bestand haben sollte.

Aus dem Westen hört man immer wieder die Forderung, die Scharia sei nicht zeitgemäß und müsse demzufolge aufgegeben werden. Diese öffentlich geäußerten Ansichten westlicher Intellektueller erzeugen Skepsis unter Muslimen gegenüber dem Westen und seinen Zielen. Die Muslime geben sich davon überzeugt, die Scharia stellt nicht nur ein in bestimmtem Kontext verfasstes Buch dar. Vielmehr erkennen Muslime in der Scharia einen Prozess, der über die Jahrhunderte der Islamgeschichte hinweg verläuft und bis in die Gegenwart noch nicht abgeschlossen ist. Wie entsteht dieses Dilemma einer vermeintlichen Diskrepanz zwischen Scharia und Moderne und wie lässt sich diesem in einer multireligiösen Gesellschaft begegnen?

STEINBACH: Das Dilemma liegt in der weit verbreiteten Unkenntnis dessen, was die Scharia eigentlich beinhaltet. Hinzu kommt, dass viele Muslime heutzutage ebenfalls von dem Bewusstsein geleitet sind, die Scharia stelle ein „strenges Gebot mit Gültigkeit für die Ewigkeit“ dar. Dies ist die Scharia nicht. Zunächst steht fest, dass ohne Scharia, ohne Bezug über das religiöse Gesetz keiner ein aufrechter Muslim sein kann. Umso mehr steht die Frage im Raum, was eigentlich das Wesen der Scharia beinhaltet. Die Scharia definiert sich über den Ijtihad. Hierbei handelt es sich um einen Begriff, der ebenso bedeutsam und gleichwertig ist wie der Begriff Scharia. Scharia kann nicht bestehen ohne Ijtihad. Die Grundlagen des islamischen Gesetzes in Koran und Sunna sind zwar nicht aufzuweichen, aber immer wieder in Einklang zu bringen mit sich wandelnden politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Koordinaten. Die Geschichte des Islam stellt sich in dieser Hinsicht als Prozess dar, von dem zu Recht betont wird, das Tor zum Ijtihad sei zu einem bestimmten Zeitpunkt geschlossen und dadurch eine konservative, den Status quo erhaltene Religionsauslegung dominant geworden, die sich mit dem Wahhabismus im 18. Jahrhundert zeitweise sogar noch verhärtete und rigoroser wurde.

Daneben lebte immer auch noch jener Strang des Ijtihads fort, der es erlaubte, den Islam, das islamische Gesetz und letztlich das Wort Gottes in Einklang mit den Realitäten einer sich wandelnden Welt zu bringen. Hierin besteht heute wieder eine Aufgabe der islamischen Theologie. Diese Aufgabe wird von den islamischen Theologen allerdings zunehmend wahrgenommen, wie man an den verschiedenen Universitäten in der Islamischen Welt erkennen kann. Die Gesellschaft bei uns im Westen sollte sich bewusst werden, dass die islamische Theologie in diesen Weg wieder verstärkt eingetreten ist und den Ijtihad als Instrument fruchtbar werden lässt.

Es gilt, die Scharia, das religiöse Gesetz, und das Wort Gottes in Kompatibilität zu bringen mit den unterschiedlichen Kontexten, in denen sich Muslime bewegen. Die Bedingungen im gegenwärtigen Europa zeigen sich in der Tat in einer Weise, die Muslime - auch die seit langem hier ansässig sind - so noch nicht gekannt haben, unabhängig ob sie aus Pakistan, Marokko, Algerien oder der Türkei hierher immigriert sind. Dieser Prozess der friedlichen Koexistenz von Muslimen und Nichtmuslimen in Europa kann nur gelingen, wenn die Scharia eine Interpretation zulässt, die im Einklang steht mit den Werten, auf denen die europäische Gesellschaft basiert. Die Gesellschaften in Frankreich, Deutschland, der Schweiz, Schweden und anderen europäischen Ländern fußen durchaus auf Wertegrundlagen, die mit dem Islam kompatibel sind. Es handelt sich um die Werte des gleichberechtigten gesellschaftlichen Zusammenlebens, die vom Islam gleichermaßen hervorgehoben werden.

Das Problem liegt folglich zum einen darin, dass wir im Westen einen zutreffenderen Begriff von Scharia haben müssen, zum anderen aber auch auf der islamischen Seite. Die Tatsache, dass sich die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts durch ein derartiges Ausmaß an Gewalt

auszeichnete, die von selbsternannten Islaminterpreten aus dem Islam heraus gerechtfertigt wurde, hat diejenigen in den Schatten gestellt, die sich auf die Suche nach einem Konzept begeben haben, über die Scharia einen eigenständigen muslimischen Modernisierungsweg anzustreben. Hinter dem Rauchschleier der Gewalt seitens einer marginalen Minorität sind die Bestrebungen des Mainstream in der gesamten Islamischen Welt – von Marokko bis Indonesien –, den Islam in die Moderne hineinzuführen und für ein muslimisches Leben in der Moderne die Basis zu legen, in den Hintergrund verbannt worden. Verantwortlich für diese Entwicklung zeigten sich freilich nicht zuletzt auch viele Regierungen islamischer Staaten, die ihre eigenen Gesellschaften immer konservativer und reaktionärer gesteuert haben, um den militanten Islamisten den Wind aus den Segeln zu nehmen.

KHALLOUK: Mögen viele Islamische Staaten, die sich offiziell an der Scharia orientieren, in den letzten Jahren sich durch zivilisatorische Stagnation ausgezeichnet haben, aber auch in diesen Ländern erweist sich das Leben unter der Scharia weit mannigfaltiger als dies gemeinhin hier im Westen gesehen wird. In europäischen Diskursen wird mit dem Begriff Scharia vor allem eine drakonische Bestrafung für Verstöße gegen religiöse Gebote assoziiert. Im Bewusstsein stehen die sogenannten Houdud-Strafen, die in europäischen Ohren den Klang von Mittelalterlichkeit erzeugen, wie die Handamputation bei Diebstahl, die Peitschenhiebe bei kleineren Delikten und nicht zuletzt die Steinigung bei Ehebruch.

In der Tat stellen diese Bestrafungsformen eine Anwendungsmöglichkeit für den konkreten Fall da, sie wurden jedoch immer auf den Kontext bezogen angewandt und werden heute in islamisch verfassten Staaten ebenso selten ausgeführt wie in der islamischen Frühzeit. Vielmehr erwies sich das Tor zum Ijtihad in der Islamgeschichte nie vollständig als geschlossen, nicht einmal in der Zeit des Propheten, der seine Nachfolger immer wieder zur Reflexion der religiösen Gebote und Grundaussagen im konkreten vorgefundenen Kontext aufgerufen hat. Er hat zu ihnen mehrmals den Satz gesprochen: *Ama amru dunjakum fahua lakum*. Die deutsche Übersetzung dafür lautet: „Über Eure spezifischen Lebensangelegenheiten müsst Ihr selbst entscheiden.“

Diese Ratschläge hat der Prophet seinen Anhängern sogar während des Krieges mit auf den Weg gegeben. Ich verweise auf seine Geschichte mit Salman al-Farisi. Dem Bericht nach stand der Angriff der Feinde des Islam auf Medina bevor und der Prophet hatte kein eigenes Konzept, wie die feindliche Eroberung der Stadt abzuwenden sei. Obwohl er als Prophet eigentlich selbst der Haupttratgeber für die anderen darstellte, wandte er sich in diesem Fall an einen seiner Gefährten, den aus Persien stammenden Salman al-Farisi, mit dem Anliegen, einen Ausweg aus dieser hoffnungslos erscheinenden Lage aufzuzeigen. Al-Farisi schlug vor, einen Graben um die Stadt anzulegen, um den Angreifern den Einmarsch zu erschweren. Der Prophet folgte diesem Ratschlag seines Gefährten und der darauf hin ausgehobene Graben erwies sich in der Tat als entscheidendes Hindernis für die gegnerische Eroberung Medinas, das trotz tagelanger feindlicher Belagerung in muslimischer Hand blieb.

Die Botschaft hinter diesem Bericht liegt darin, den Muslimen nahe zu legen, selbst eine Entscheidung zu treffen in Angelegenheiten, die ihr Leben betreffen und dabei wie al-Farisi ihre eigenen Sachkenntnisse und ihre eigene Ratio einzusetzen, denn nicht in jeder Situation sind unmittelbare, hierauf bezogene Anweisungen des Propheten oder der Heiligen Schrift vorhanden. Ein aufrechtes muslimisches Verhalten erfordert demnach nicht nur Nachahmung bestehender Autoritäten, sondern in gleichem Maße kontextbezogene Reflexion.

Die Muslime sind stets aufgefordert, die prophetischen Vorgaben auf ihr Lebensumfeld bezogen neu zu interpretieren. Diese Suche nach zeitgemäßen Neuinterpretationen der Scharia ist bis heute nicht abgeschlossen und gilt es unbeirrt fortzusetzen. So wie die Muslime im 21. Jahrhundert ihr Leben nicht nach dem Muster des 7. oder 8. Jahrhunderts ausrichten sollten, bloß weil das Leben der ersten Muslime im 7. und 8. Jahrhundert sich derart gestaltete, gilt es für die muslimische Minorität in Europa, ein Konzept zu finden, die Regeln der Scharia mit

den spezifischen europäischen Gesellschaftsanforderungen in Kompatibilität zu bringen. Vielmehr sind die Muslime in Europa als religiöse Minorität diejenigen, die von der Trennung zwischen Religion und Staat wie der Religions- und Gewissensfreiheit in europäischen Verfassungen am meisten profitieren.

Die nichtmuslimische Majorität braucht sich daher vor einem aufrechten muslimischen Element als weiterer Facette in ihrer gesellschaftlichen Mitte nicht zu fürchten. Die europäische Säkularität erwies sich als ein Vorteil für die Muslime auf diesem Kontinent. Sie sehen sich nicht veranlasst, ihre religiösen Grundsätze ad acta zu legen, sondern sind dazu aufgerufen, innerhalb des demokratisch pluralistischen Systems einen Weg für sich zu finden und sich auf dieses System einzulassen. Sofern sie sich mit dem Wertekonsens des deutschen Grundgesetzes identifizieren, können sie gleichzeitig eine Identität als Muslime und als Deutsche entwickeln.

Erschwert zu werden erscheint diese europäische Identität für die Muslime allerdings zunehmend durch Tendenzen in der europäischen Gesellschaft, die allgemein als „liberal“ angesehen werden, von den Muslimen jedoch als „Verlassen des aus der Religion – der islamischen wie der christlichen – erwachsenen Ethikbegriffs“ aufgefasst werden. In vielen europäischen Staaten gilt Homosexualität beispielsweise als offiziell akzeptable Form des menschlichen Gemeinschaftslebens. Die Scharia kennt jedoch Passagen, in denen ganz eindeutig Homosexualität als „gegen die göttliche Natur gerichtetes Verhalten“ dargestellt wird. Wie sollten sich die Muslime gegenüber diesem von vielen Westlern als „modern“ empfundenen Gesellschaftsverständnis verhalten? Sind sie erst aufrechte Demokraten, wenn sie die Homosexualität der Heterosexualität als gleichwertig betrachten?

STEINBACH: Dass Pluralismus und Säkularität, wie sie in Europa besteht, für die Realisierung eines zeitgemäßen muslimischen Lebens als geeigneter Rahmen begriffen wird, ist mittlerweile die Mehrheits Sichtweise der islamischen Theologen. In der Tat bestehen jedoch zu einigen Gesellschaftsauffassungen des liberalen Mainstream im Europa der Gegenwart nach wie vor Divergenzen. Die Homosexualität wird diesbezüglich immer wieder als Exempel angeführt. Ich halte die Fixierung auf dieses Thema allerdings für fragwürdig. In meiner Jugend existierte bei uns der 175er §, der die Homosexualität zur Straftat erklärte. Seine Aufhebung liegt noch keine 20 Jahre zurück.

Die Homosexualität stellt eine sexuelle Befindlichkeit dar, die in allen Gesellschaften äußerst sensibel verankert ist. Wenn Sie unter konservativen Wählern heutzutage versuchen, offiziell die Homosexualität als angemessene Lebensform zu propagieren oder die Gleichstellung einer Homoehe fordern, werden Sie sich wundern, welchen Widerstand diese Praxis hier in Deutschland noch immer hervorruft. Vor diesem Hintergrund halte ich es für ungerecht, dieses Thema bei der Frage nach Modernität und Rechtsstaatlichkeit in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen.

In Deutschland sind wir mittlerweile so tolerant geworden, dass die Homosexualität seit ca. 20 Jahren nicht mehr strafrechtlich geahndet wird und ich bin davon überzeugt, dass auch islamische Gesellschaften diesen Weg eines Tages einschlagen werden. Man wird dahin gelangen, dass die Gesellschaft über diese Praxis hinweg sieht. Zwar werden sich die Muslime mit der Homosexualität nicht anfreunden, wie auch bei nichtmuslimischen Europäern weiterhin Vorbehalte bestehen, aber man wird sie als eine Realität akzeptieren.

Mögen konservative islamische Theologen die Homosexualität nach wie vor verfemen, die real existierende muslimische Gesellschaft wird sich mit ihr arrangieren. Ähnlich verhält es sich doch bei uns mit der katholischen Kirche, die bis in die Gegenwart die Homosexualität als „schwerstes Übel“ darstellt, dennoch wird sie von Katholiken wie Protestanten – und sogar von Priestern und Bischöfen – praktiziert. Das christlich geprägte Europa zeigt sich hierbei im Prinzip, was das Verhältnis zwischen der Religion und bestimmten Gesellschaftspraktiken betrifft, nicht viel anders als der islamisch geprägte Orient.

Die Gesellschaft hat sich mit diesen Praktiken abgefunden, man toleriert sie, darüber hinaus reicht das Verständnis der Europäer und ihrer religiösen Autoritäten dafür jedoch nicht. In diese Richtung wird sich auch die Islamische Welt bewegen. Man wird die Homosexualität als Tatbestand menschlicher Physis und Praxis akzeptieren, aber nicht in einem religiösen Kontext absegnen – genauso wenig wie dies die christliche Kirche bei uns im Westen praktiziert. Denken Sie zudem an die Propaganda evangelikaler Bewegungen in den Vereinigten Staaten. Die Abneigung unter amerikanischen protestantischen Sekten gegen die Homosexualität steht derjenigen unter islamischen Fundamentalisten in keiner Weise nach und nimmt gelegentlich sogar gewalttätige Formen an – ausgerechnet in jenem Land, das sich die universale Liberalität und Menschenrechte im weltweiten Maßstab durchzusetzen in besonderem Maße auf die Fahnen geschrieben hat.

Entwicklungsrückstand bildet Nährboden für Islamismus

KHALLOUK: Einige Intellektuelle im Westen wie in der Islamischen Welt verbinden die häufige Thematisierung von Islamismus, politischem Islam und islamischem Fundamentalismus mit einer Reduzierung des Diskurses auf die Folgeerscheinungen und ein Übersehen ihrer Ursachen. Dies habe dazu geführt, dass die öffentliche Debatte sehr auf die Sicherheitspolitik fixiert sei und andere Politik- und Wissenschaftssektoren hierbei kaum einbezogen würden. Wäre es nicht angemessener, das Phänomen des Islamismus als eine Reaktion auf als unbefriedigend empfundene sozioökonomische und politische Verhältnisse in der Islamischen Welt zu behandeln und dementsprechend nach Konzepten zur Bekämpfung dieser Bedingungen zu suchen?

So steht die These im Raum, ein ernsthafter Einsatz der Obrigkeiten im Westen wie in der Islamischen Welt um eine Verbesserung der Sozialbedingungen dort und eine Anhebung des kollektiven Bildungsstandards trage automatisch zu einer Liberalisierung der Gesellschaft und mehr Aufgeschlossenheit gegenüber von außerhalb der eigenen Zivilisation hereingetragenen Entwicklungen bei. Verwiesen wird darauf, dass in Europa ebenfalls Fundamentalismus existiere, die europäische Gesellschaft insgesamt aber in geringerem Maße hierzu tendiere, da die allgemeinen Lebensverhältnisse besser seien und Chancengerechtigkeit hinsichtlich Bildung weitgehend vorhanden sei. Es ist nicht zu übersehen, welches Ausmaß die Armut und der Analphabetismus in vielen islamischen Staaten in der Gegenwart noch immer einnehmen. Ebenso wenig darf aus dem Auge gelassen werden, dass islamistische Bewegungen diese zivilisatorischen Defizite für ihre gesellschaftspolitischen Anliegen instrumentalisieren.

STEINBACH: Sie konstatieren eine negative Korrelation zwischen Entwicklung und Fundamentalismus und folgern daraus, dass bei einer politischen Unterstützung des zivilisatorischen Fortschritts in der Islamischen Welt auch der Fundamentalismus zurückgehen werde. In der Tat hat es weithin in der Islamischen Welt an erfolgreichen Entwicklungskonzepten gefehlt. Hierfür sind eine Reihe von Gründen anzuführen, politische und gesellschaftliche Gründe, aber auch die mangelnde Vorbereitung der Gemeinwesen auf die Bevölkerungsexplosion, mit der die realisierten Entwicklungspläne nicht Schritt halten konnten.

Einen wesentlichen Beitrag zur Verbreitung des Islamismus hat auch die Verschwendung des aus dem Verkauf der reichhaltig vorhandenen Rohstoffe (insbesondere des Öls) frei werdenden Kapitals für Waffen und aufwendige Militärapparate geleistet; so fehlte es letztlich für Sozial- und Bildungsprogramme. Dieses Verhalten ist sicherlich nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern zu sehen. Neben dem eigenen Militär wurden zudem islamistische Organisationen und Stiftungen von Staaten wie Saudi-Arabien massiv finanziell unterstützt. Wenn diese zweckentfremdeten Kapitalressourcen für

die Förderung der Bildungssysteme in der Arabischen Welt herangezogen würden, wäre ein Teil des Problems gelöst.

Der Iran könnte hierfür als Exempel herhalten. Denn eines hat die Islamische Republik sicherlich an Fortschritt hervorgebracht. Sie hat ein flächendeckendes Netz an Schulen und Hochschulen geschaffen. Die Menschen im ganzen Land haben eine Allgemeinbildung erhalten und nehmen nun ihr Schicksal als aktive mündige Civil Society selbst in die Hand. Ihr Ideal sehen die gebildeten Iraner jenseits des Islamismus und jenseits eines religiös gerechtfertigten Systems. Sie streben nach demokratischer Partizipation.

Wenn sie tatsächlich eine Modernisierung jenseits des Islamismus anstreben, sollten die „Reichen aus dem Morgenland“ ihre Politik ebenso mehr in diese Richtung lenken. In Ansätzen sind die Golfmonarchien und mit ihnen andere Teile des arabischen Raumes mittlerweile auf diesem Weg und man hat auch dort begonnen, die Bedeutung von Allgemeinbildung und Chancengleichheit zu erkennen. In der Vergangenheit wurden diesbezüglich jedenfalls wesentliche gesellschaftliche Aufgaben vernachlässigt – vielleicht sogar ganz bewusst. Wenn man im Arab Human Development Report liest, in welchem Maße der Arabische Raum gegenüber anderen Regionen in dieser Welt zurückgefallen ist, sucht man die Ursachen dafür. Diese werden im gleichen Report an anderer Stelle aufgezeigt. Die Verantwortung liege demnach bei den Regimen, die den mündigen Bürger, den erzogenen, aufgeklärten, gebildeten Bürger scheuen und zu verhindern suchen, dass dieser sich nicht mehr autoritär beherrschen lässt.

Iran und Türkei auf dem Weg zu einem islamischen Säkularitätskonzept

KHALLOUK: Sie haben gerade den Iran als in mancher Hinsicht ein Vorbild für die arabischen Regime hingestellt. Hier im Westen wird der Iran hingegen oft als Schreckensbild für einen gegen die westliche Humanitätsvorstellung eingestellten politischen Islam genannt. Ich verweise lediglich auf die aktuelle Debatte um das iranische Nuklearprogramm. Der Iran hat zudem in anderem Zusammenhang die Schlagzeilen der westlichen Medien beherrscht. Das Thema war die umstrittene Wiederwahl von Präsident Ahmadineschad und die anschließenden Demonstrationen seiner Anhänger und Gegner. Wie beurteilen Sie als langjähriger Kenner des Landes die gegenwärtige Situation und welche Prognosen treffen Sie für die künftige Entwicklung des Iran?

STEINBACH: Im Iran läuft ein Machtkampf ab, der im Namen der Religion ausgetragen wird. Das Verhalten der Akteure ist jedenfalls nicht auf ernsthafte religiöse Beweggründe zurückzuführen. Die „Islamische Republik“ in ihrem ursprünglich verstandenen Sinne ist mit dem Ableben von Ayatollah Khomeini an ihr Ende gelangt. Khomeini erwies sich als „erfolgreicher Revolutionär“, der ein Konzept besaß und dies revolutionär umsetzte. Ich erkenne in ihm eine Art „Lenin des Islam“. Mit seinem Tod und der Einsetzung Chameneis, der bereits nicht mehr die Bedingungen des Großayatollahs im Sinne der Verfassung erfüllte, zu seinem Nachfolger als „großer geistlicher Führer“ des Landes, sowie der gleichzeitigen Wahl von Herrn Rafsandschani zum Staatspräsidenten, war die Islamische Republik in der Form, wie sie ursprünglich konzipiert war, bereits Geschichte oder lediglich eine Farce.

Ab diesem Zeitpunkt ist der Islam nur noch für die Zwecke einer bestimmten Klientel instrumentalisiert worden. Diese Instrumentalisierung zeigt sich aktuell besonders deutlich. Chamenei instrumentalisiert den Islam zum Machterhalt einer gesellschaftspolitisch ihm nahe stehenden Elite sowie zur Aufrechterhaltung einer auf Konfrontation mit den USA gerichteten Politik. Der Kandidat der Opposition für die Präsidentschaftswahlen 2009, Musavi, versuchte seinerseits, auf dem religiösen Klavier zu spielen, und gab vor, die Werte, für die er kämpfe, seien bereits im Islam enthalten und zudem in den Institutionen der „Islamischen Republik“

und ihrer Verfassung verwirklicht. Ayatollah Chamenei und seiner Gefolgschaft werfen vielmehr Gefolgsleute der Opposition vor, gegen die Prinzipien dieser „Islamischen Republik“ zu verstoßen.

Wenn man hinter die Kulissen blickt, zeigt sich, dass es sich hier von beiden Seiten wesentlich um Propaganda handelt und sich die „Islamische Republik“ auf dem Weg zu einer tiefgreifenden Veränderung befindet. Breite Teile der Öffentlichkeit distanzieren sich zunehmend von der Vermischung von Religion und Politik. Religion und Politik sind dabei, sich voneinander zu trennen. Diese Trennung ist faktisch bereits vollzogen, weil die Religion als Instrument zum Zwecke der aktuellen Herrschaftselite missbraucht wird; früher oder später wird die Trennung auch de Fakto, d.h. im System selbst, vollzogen.

Der Konflikt im Gefolge der Präsidentschaftswahlen 2009 hat demonstriert, dass Wahlen als das klassische republikanische Element und demokratische Instrument der Majoritätsbildung mit dem Islam, wie ihn die gegenwärtig Herrschenden auslegen, nicht kompatibel sind. Insofern sehe ich die „Islamische Republik“ als ein ausgesprochen interessantes Experiment. Man ist in den „Gottesstaat“ hineingesprungen und sucht nun aus diesem „Gottesstaat“ einen Ausweg. Diesen Ausweg wird man in nicht mehr allzu langer Zeit finden. Ich bin davon überzeugt, dass dieser Weg noch in meinen Lebzeiten gefunden sein wird. Es wird auf eine Separierung von Religion und Politik hinauslaufen. Dieser Separierung mag zwar noch ein religiöser Firnis übergezogen sein; im Kern beschreiten Politik und Religion jedoch getrennte Wege.

Die Entwicklung im Iran ist für mich vor allem vor dem Hintergrund der gleichzeitig verlaufenden Entwicklung in der bislang streng säkular ausgerichteten Türkei sehr interessant zu verfolgen. Die Kemalistische Revolution als Kontrapunkt zur gleichzeitig verlaufenden Kommunistischen Revolution in Sowjetrussland ist schließlich in vollständiger Form, d.h. mit vollständiger Entledigung der staatlichen Institutionen von religiöser Symbolik, in der Türkei durchgesetzt worden. Von diesem radikalen Säkularismus scheint man sich dort aber aktuell wieder zu entfernen und erkennt nach Jahrzehnten des Laizismus, dass ein modernisierter Islam die türkische Gesellschaft zivilisatorisch weiter nach vorne bringt. Prinzipiell werden der Laizismus und die Trennung zwischen Religion und Staat in der Türkei bestehen bleiben, aber der Anschein des westlichen Blueprint, der die republikanische Türkei bisher auszeichnete, verblasst allmählich zu Gunsten einer deutlichen Einfärbung von Säkularität mit dem Islam. Insofern ist die Gleichzeitigkeit der scheinbar konträren Entwicklungen im Iran und in der Türkei mit ihren jeweiligen Ergebnissen erstaunlich sowie ausgesprochen interessant zu beobachten.

Diese Veränderung im Bewusstsein der Eliten der Islamischen Welt, besonders in ihrer Einstellung zum Begriff „Säkularität“, hat zudem auf die muslimischen Immigranten in Deutschland abgefärbt. Kürzlich hat im Islamischen Zentrum Hamburg ein Personalwechsel an der dortigen Imam Ali-Moschee stattgefunden. Der bisherige Geistliche, der Ayatollah Hosseini Ghaemmaghami hat sein Amt an einen Nachfolger übergeben. Zu seinem Abschied als Imam verfasste er ein Rundschreiben, in dem er zum ersten Mal unzweideutig die Auffassung erkennen ließ, die Muslime - zumindest diejenigen, die hier in Europa leben - sollten die Säkularität als gegeben akzeptieren. In dieser Eindeutigkeit hatte er diese Position zuvor noch nicht öffentlich vertreten.

Ich habe ihn in Berlin erlebt, wo er bei einer Veranstaltung der dortigen Hamburger Landesvertretung aufgetreten ist. Hierbei hielt er einen Vortrag und konstatierte, der Begriff „Säkularität“ sei auf den Islam nicht anwendbar. Nunmehr, wenig Jahre später, empfand er offenbar kein schlechtes Gewissen mehr, sich in diesem Abschiedsrundschreiben offen zur Säkularität zu bekennen und diese sogar als „wichtige Rahmenbedingung“ für die Existenz von Muslimen in Europa einzufordern.

Kann sich Europa mit den Muslimen arrangieren?

KHALLOUK: Mit dem von Ihnen genannten Beispiel dieses ehemaligen Hamburger Imams sind wir nun mit unserer Debatte zum Politischen Islam bei der Bundesrepublik Deutschland angekommen und sollten uns intensiver mit der Stellung von Muslimen und des Islam in Deutschland beschäftigen. Sie haben sicherlich mitbekommen, dass vor zwei Jahren in Köln, d.h. auf deutschem Boden, die sogenannte „Antiislamisierungskonferenz für Europa“ stattfand. Die Aufmerksamkeit, die dieses Ereignis in den deutschen Medien erfuhr, zeigt, wie intensiv die deutsche Gesellschaft die offenkundige Existenz des Islam in ihrer Mitte beschäftigt und bei dem einen oder anderen zu Abwehrreaktionen geführt hat.

Es besteht eine Kontroverse darüber, welchen Stellenwert die Säkularität angesichts einer wachsenden Zahl öffentlich bekennender Muslime in der Praxis besitzt. Immer wieder entzündet sich die Debatte um bestimmte Symbolthemen, wie dem Moscheebau im Falle Kölns, der Frage von der Berechtigung des koedukativen Sport- und Schwimmunterrichts an deutschen Schulen und der Teilnahmepflicht von muslimischen Mädchen daran, sowie nicht zuletzt der Debatte um das Tragen von Kopftüchern in staatlichen Institutionen wie Schulen, Ämtern, Polizeiwachen u.ä. So selbstverständlich es beispielsweise Richtern und Staatsanwälten in Bayern bis heute erscheint, in einem Raum mit einem Kreuz an der Wand Gerichtsurteile zu fällen, so sehr erregt bereits eine kopftuchtragende Lehrerin an Grund- und Hauptschulen eine politische Debatte, die sich nicht auf das Innere des Schulgebäudes beschränkt, sondern auf juristischem Instanzenwege bis zum Bundesverfassungsgericht getragen wird.

Kann diese „Antiislamisierungskonferenz“ als Beleg dafür gewertet werden, dass die deutsche Gesellschaft nicht bereit oder in der Lage ist, sich mit dem Islam als „ihrem Bestandteil“ zu arrangieren oder stellt sie lediglich das zum Scheitern verurteilte Bestreben einer extremen marginalen reaktionären Minorität dar, für ihre irrealen Vorstellung einer unitarischen „christlich abendländischen“ Civil Society um Anerkennung zu werben?

STEINBACH: Wir sollten diese Frage in einem europäischen Kontext betrachten. Der Wahlkampf zum Europäischen Parlament und die anschließenden Wahlergebnisse haben gezeigt, dass das Klima diesbezüglich in Deutschland noch vergleichsweise gelassen und ruhig ist. Besonders aufgeheizt ist die Stimmung in den Niederlanden, wo es der islamfeindlichen Partei des Rechtspopulisten Geert Wilders gelang, zur zweitstärksten niederländischen Fraktion in Straßburg aufzusteigen und mittlerweile sogar die nationale Regierung in Den Haag zu tolerieren. Ebenso wurde eine dem Islam und Muslimen gegenüber skeptische Einstellung erfolgreich im österreichischen Wahlkampf instrumentalisiert. Bei uns in Deutschland ist diese den Muslimen gegenüber abweisende Stimmungslage jedoch unverkennbar ebenso zu beobachten.

Zweifelsohne besteht bei der nichtmuslimischen Mehrheitsbevölkerung in Europa ein Bedrohungsgefühl, das sehr komplexe Ursachen hat. Eine Ursache ist sicherlich die Stigmatisierung des Islam als „gewalttätig“. Man nimmt die Medienberichte von Gewalt im Nahen Osten, ausgehend von Symbolfiguren wie Khomeini oder Osama bin Laden und überträgt sie unreflektiert auf den Islam als Religion. Dieses Zerrbild wird verstärkt durch einige Muslime, die zwar vielfach einen marokkanischen, pakistanischen, libanesischen oder auch türkischen Hintergrund haben, jedoch unmittelbar aus der europäischen Gesellschaft heraus agieren, vielfach sogar in Europa geboren sind und in Europa, wie 2004 in Madrid, 2005 in London oder beim Attentat auf den Filmproduzenten Theo van Gogh in den Niederlanden demonstriert, Gewalt im Namen des Islam verüben. Es entsteht, aufgeheizt durch die Berichterstattung in den Medien, eine Islamphobie, die immer wieder durch Gewalt in der Islamischen Welt wie in Europa selbst angeheizt wird. Besonders verstärkt hat sich diese Phobie sicherlich durch die Ereignisse des 11. September 2001.

Neben der Auseinandersetzung um eine tatsächliche oder vermeintliche Gewalttätigkeit von Muslimen wird diese Debatte um die Tolerierbarkeit des Islam in unserer europäischen Gesellschaft auf anderen Schauplätzen ausgetragen. Hierbei nimmt die Kopftuchfrage einen breiten Raum ein. Man entdeckt plötzlich, dass in der europäischen Öffentlichkeit Frauen das Kopftuch tragen, ein Bild, durch welches sich der Säkularist verletzt fühlt, da er die Religion aus dem öffentlichen Raum verbannt zu wissen beansprucht. Es entsteht Unruhe, erweckt Gefühle der Abneigung und Zurückweisung. Zugespitzt wird dieses Aufsehen erregende Bild, wenn in Sichtweise der gewohnten christlichen Kirche nun auch noch eine Moschee errichtet wird.

Wahrnehmungen, mit denen die europäische Gesellschaft sich weithin identifiziert hatte, die sich im Bewusstsein der Europäer eingepägt hatten, werden allmählich islamisch eingefärbt. Es wird eine Weile dauern, bis sich die Mehrheitsgesellschaft an diese Bilder gewöhnt hat. Ich bin diesbezüglich jedoch guter Zuversicht, sofern es uns gelingen wird, die europäischen Gesellschaften politökonomisch stabil zu halten. Wie wir zu dem Konsens gelangt sind, dass es entscheidend sein wird, die Islamische Welt auf Fortschrittskurs zu führen, um den Radikalismus zu marginalisieren, so gilt dieser Grundsatz für die europäische Civil Society gleichermaßen. Wenn es hier in Europa zu ökonomischen Verwerfungen kommt, dann beginnt ein Verteilungskampf, der mutmaßlich durchaus eine kulturelle und religiöse Dimension haben wird. Wenn es gelingt, ökonomische Stabilität zu erhalten, sind wir hinsichtlich der Akzeptanz des Islam in unserer Gesellschaft auf einem vielversprechenden Weg. Viele bei Muslimen als selbstverständlich geltende Verhaltensweisen zeigen sich für die nichtmuslimische europäische Aufnahmegesellschaft noch als ungewohnt und diese muss sich mit der anderen Religion und ihren anderen Erscheinungsformen erst noch anvertrauen.

Der Islam ist durch die Immigranten ein neues Element im Erscheinungsbild der europäischen Gesellschaft geworden, das von den alteingesessenen Europäern noch als „fremd“ erfahren wird. Es bedarf folglich sowohl auf Seiten der Immigranten als auch der Aufnahmegesellschaft noch einer Phase der emotionalen Annäherung. Ebenso wie sich die Muslime mit den Werten Europas arrangieren sollten, gilt für die nichtmuslimische Majorität hierzulande, eine Annäherung an die Muslime anzustreben und auf eine Gesellschaft der religiösen Koexistenz hin zu wirken.

Beiden Seiten steht diesbezüglich eine verantwortungsvolle Aufgabe bevor. Außerdem sollte es gelingen, den Islam wieder vollständig ohne Gewalt zu praktizieren und vielmehr die islamischen Theologen ebenso wie den alltäglichen Muslim zu der Erkenntnis zu bringen, dass diese Gewalttäter gesellschaftszersetzend sind, die sich für sie als Muslime als „Täter im Namen des Islam“ noch erheblich bedrohlicher darstellen, da sie in ihren eigenen Gesellschaften Gewalt anwenden und ihre eigene Religion in ein negatives Licht ziehen. Unter diesen Voraussetzungen wird sich die Wahrnehmung der europäischen Gesellschaft über die Muslime und über den Islam als Religion wieder verstärkt auf deren positive Elemente richten, so dass die nichtmuslimische Aufnahmegesellschaft die mit den hier hinein immigrierten Muslimen verbundenen Fremdheiten leichter zu akzeptieren bereit ist. Aktuell sind wir Europäer kaum bereit, Fremdheit zu akzeptieren und erachten sie als einen Akzent der Verschiedenheit. Wenn das Bild vom Muslim weniger durch das Phänomen der Gewalt geprägt ist, nimmt die Bereitschaft zu, diese Fremdheit nicht als Bedrohung, sondern Bereicherung zu erfahren.

KHALLOUK: In der Tat ist das Bild der Europäer vom Islam gegenwärtig in besonderer Weise von den Phänomenen Gewalt und religiösem Extremismus eingenommen. Hierfür ist jedoch nicht nur eine tatsächliche oder vermeintliche Gewalttätigkeit der Muslime verantwortlich, sondern ebenso die Lage, in der sich die europäische Gesellschaft aktuell befindet. Mit dem Ende des Kalten Krieges ist die eindeutige Freund-Feind-Einteilung, im Sinne Carl Schmitts als Identifikationsmerkmal der politischen Gemeinschaft benötigt, nicht

mehr vorhanden. Man sieht sich veranlasst, nach einem neuen Feindbild Ausschau zu halten, um die interne politische Stabilität aufrecht zu erhalten. In einem als „gewalttätig“, „archaisch“ oder „frauenfeindlich“ stigmatisierten Islam glaubt man, diesen Widerpart gefunden zu haben, und zielt darauf hinaus, diese konstruierte Gegnerschaft des Islam zur westlichen Civil Society mit einer historisch bestehenden Rivalität zu erläutern und zu rechtfertigen. Obwohl sich sicherlich aus der Historie Exempel eines Gegeneinanders beider Kulturen finden lassen – bei denen die Gewalt allerdings häufig von der europäischen Seite ausging-, das gegenwärtige Gegeneinander bliebe damit zweifelsohne ein Konstrukt zur inneren Stabilisierung der eigenen Gesellschaft und zur Ablenkung von den inneren Divergenzen, welche die Globalisierung hervorbringt und auf denen innenpolitisches Konfliktpotential lastet.

STEINBACH: Diese Argumentation ist mir bekannt. Ein Kollektiv benötige demnach ein Feindbild, auf welches es sich fixieren könne, um sich in Abgrenzung zu diesem „Feind“ als Gemeinschaft zu begreifen. Mit dem Verlust des „roten Feindbildes“ stürze man sich dementsprechend auf ein „grünes Feindbild“. Zweifellos ist das „Feindbild Islam“ weit in die europäische Geschichte zurückzuverfolgen – im Prinzip mit unterschiedlichen Erscheinungsformen bis tief in das europäische Mittelalter hinein. Es wurde jedoch niemals von der gesamten europäischen geistigen Elite akzeptiert und in Epochen wie insbesondere der Zeit der deutschen Aufklärung aber noch bis in die Romantik hinein, tritt sogar ein geradezu enthusiastisches Islambild in Erscheinung.

Dennoch lässt sich ein Residuum einer Islamphobie nicht leugnen. Die bei Luther sichtbare Türkenfeindschaft erweist sich beispielsweise zugleich als eine Islamfeindschaft. Dieses Residuum blieb im Unterbewusstsein sicherlich weiter bestehen. Das Ende des Ost-West-Konflikts, die Islamische Revolution, die Gewalt personifiziert durch Osama bin Laden kurze Zeit später, haben sich für das Hervortreten dieses unterschwellig vorhandenen Ressentiments als förderlich erwiesen. Unter der Pluralität an Faktoren, die erklären, warum aktuell der Islam in der europäischen Gesellschaft eine Art „Feindbildprofil“ erhalten hat, sollte man die Geschichte zwar nicht auslassen, aber ebenso wenig als bedeutendsten Faktor einstufen.

KHALLOUK: Wenn die Geschichte nicht als Rechtfertigung eines „Feindbildes Islam“ für den Westen herhalten kann und stattdessen den Beleg liefert, dass zeitweilige Feindbilder in nachahmenswerte Anschauungsmodelle umgeformt werden können, verleiht uns das Hoffnung, dass eines Tages die gegeneinander gerichtete Sichtweise wieder überwunden werden kann. Hierfür benötigt die westliche Civil Society jedoch ebenso ein Konzept zur Marginalisierung ihrer islamfeindlichen Extremisten wie die muslimische Gesellschaft im Umgang mit dem Islamismus. Es bestehen unterschiedliche Betrachtungsweisen des Phänomens Islamismus und dementsprechend divergente Reaktionsformen der Herrschaftseliten. Sie reichen von der Suche nach einer Bekämpfung mit polizeilichen und geheimdienstlichen Mitteln bis zur Einbindung bekennender Islamisten in politische Verantwortungspositionen. Wie könnte Ihrer Ansicht nach ein erfolgversprechendes Konzept aussehen und welche Perspektive sehen Sie diesbezüglich vor allem für die Arabischen Staaten?

STEINBACH: Wir sollten zu einer umfassenden und ganzheitlichen Betrachtung des Islam zurückkehren und erkennen, dass der Islamismus eine spezifische Randerscheinung darstellt. Erforderlich erweist sich, den Islam als ein Phänomen in seiner gesamten Geschichte, mit seiner mannigfaltigen Theologie und faszinierenden Kultur in den Blick zu nehmen. Zwar darf hierbei keineswegs übersehen werden, dass die Islamgeschichte durchaus eine Periode der Erstarrung und Stagnation aufweist; dieser folgte im 19. und 20. Jahrhundert bis in die Gegenwart hinein jedoch eine konstruktive Auseinandersetzung mit dem eigenen Zustand.

Gegenwärtig neigt man bei uns im Westen dazu, sich auf eine Erscheinungsform des Islam, nämlich den Islamismus, zu fokussieren. Zudem begeht man den verhängnisvollen Fehler, diesen Ausschnitt aus dem Ganzen politisch zu instrumentalisieren. Vor allem in Israel wird diese verengte Sichtweise instrumentalisiert, aber ebenso von bestimmten politischen Strömungen in Europa. Umgekehrt neigen allerdings die Muslime heutzutage dazu, ihrerseits wesentlich die negativen Eigenschaften Europas und die dunklen Epochen der europäischen Geschichte im Verhältnis zum Islam, wie die Arroganz des Westens, die Kreuzzüge und seinen Dominanzanspruch gegenüber dem Islam im Bewusstsein zu halten. Folglich sind sie ihrerseits aufgefordert, ihr Europabild zu verbreitern und neben diesen zweifelsfrei bestehenden Schattenseiten auch die lichten Seiten wie den Humanismus und die von Europa ausgehende Aufklärung wahrzunehmen.

Ich bin bestrebt, in Vorträgen das Islambild aus einem Gedicht aus Goethes West-Östlichem Diwan mit dem Islambild des niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders, der den Islam als eine faschistische Ideologie betrachtet und den Koran zu verbieten beabsichtigt, gegenüberzustellen. Mit dieser Gegenüberstellung verbinde ich die Frage, wie Europa zu der umfassenden humanistischen Sichtweise auf den Islam der deutschen Klassiker zurück gelangen kann. Mein Anliegen sehe ich darin, uns Europäer wieder mit Stolz auf unsere humanistische Tradition zurückblicken zu lassen.

Es ist notwendig, uns die Gesamtheit sowohl unserer europäischen als auch der islamischen Kultur vor Augen zu halten und unsere jeweilig verengte Sichtweise wieder zu öffnen. Der zweite Schritt sollte jedoch von der Politik ausgehen und Bedingungen entstehen lassen, die Stabilität im Nahen Osten sowie ein respektvolles Nebeneinander des Nahen Ostens mit Europa zu garantieren. Meine Hoffnung geht dahin, dass Europa im Rahmen seiner Politik sowohl mit den Regierungen als auch der Civil Society im Nahen Osten zu einer Lösung der bestehenden Konflikte finden kann, wobei das Palästina-Problem, so schwierig seine Bewältigung erscheinen mag, am dringendsten zu lösen ist. Kurz- und mittelfristig bin ich angesichts dieser zu überwindenden Schwierigkeiten hierbei wenig optimistisch, langfristig jedoch besteht bei mir allerdings ein Optimismus, dass es uns gelingt, sowohl unseren Blick auf die jeweils andere Zivilisation wieder auszuweiten als auch zu einer Lösung zu finden, die eine politische Koexistenz beinhaltet. Wir sehen uns vor der Notwendigkeit, diese Herausforderung auf uns zu nehmen. Dies gilt für uns Europäer ebenso wie für die islamische Zivilisation.

Huntingtons These ist vielerorts durch die Realität widerlegt

KHALLOUK: Sie haben auf die Schwierigkeiten im Palästina-Konflikt Bezug genommen und diesen Konflikt als den für das Verhältnis zwischen europäischer und islamischer Zivilisation als bedeutendsten genannt. Dieser Einschätzung kann ich nur zustimmen angesichts der religiösen Symbolik besonders in der Jerusalemfrage, wobei die anderen Konfliktthemen, insbesondere die Flüchtlingsproblematik und die Kontroverse um die jüdischen Siedlungen in den Palästina-ergebieten kaum weniger Brisanz beinhalten. Eine religiöse Instrumentalisierung für politische Ziele kennen wir jedoch in vielen Staaten und Konflikten. Die Zahl der Konflikte zwischen Muslimen sowie zwischen einer muslimischen und einer westlich christlichen oder säkularen Partei haben sich in den letzten Jahren so sehr gehäuft, dass Samuel Huntington zu der Schlussfolgerung gelangte, diese Konflikte stellten sogenannte „Bruchlinienkonflikte“ eines großen Dissenses zwischen dem Westen und der Islamischen Welt dar. Selbst wenn man diese Interpretation für falsch und interessengeleitet einschätzt, eine Instrumentalisierung dieses vermeintlichen zivilisatorischen Dissenses zur Aufrechterhaltung des eigenen politischen Macht-systems kann vielerorts in der Tat beobachtet werden. In welchen islamischen Ländern sehen Sie angesichts dieses wenig

erfreulichen Gegenwartszustands am ehesten einen Weg in eine verheißungsvolle Zukunft und wo erkennen Sie Chancen einer auf Humanismus basierenden Koexistenz?

STEINBACH: Hier in Deutschland ist die Perspektive erheblich verheißungsvoller als dies von einigen Schwarzmalern in den Medien gelegentlich dargestellt wird. Unser Integrationskonzept scheint bereits die ersten Erfolge hervorzubringen. Wenn ich mich in der deutschen Gesellschaft umsehe und feststelle, in welchen Positionen Muslime anzutreffen sind, in welcher Vielfalt sie uns begegnen und von der nichtmuslimischen Majorität akzeptiert werden, gelange ich zu der Zuversicht, dass Deutschland bereits einen bedeutenden Schritt vorangekommen ist.

In der Islamischen Welt erkenne ich ebenfalls Entwicklungen, die mir Hoffnung verleihen. Interessant erweist sich besonders der gegenwärtige Erneuerungsprozess in der Türkei. Das türkisch-europäische Verhältnis wird sich als ein Gradmesser für die Annäherung beider Kulturkreise erweisen. Daneben beobachte ich sehr intensiv die Entwicklung im Iran und habe angesichts meiner Erfahrung mit iranischen Repräsentanten ein durchaus anderes Bild von diesem Land als es die Mehrheit der europäischen Medien unserer Gesellschaft zu zeichnen bestrebt ist. Wir haben den Iranern in den letzten Jahren hauptsächlich die Schattenseite Europas gezeigt und sollten ihnen nunmehr demonstrieren, dass auch eine positive Wahrnehmung existiert. Im Iran finden gegenwärtig extrem bemerkenswerte Prozesse statt, die auf die gesamte Islamische Welt ausstrahlen können. Interessant zu beobachten sind aber durchaus ebenso die Entwicklungen in Ägypten, das sich von dem Schimmel des Mubarakismus entledigt hat und nun einer neuen Epoche entgegenzugehen scheint, sowie nicht zuletzt in Marokko und im restlichen Nordafrika, wo sich erkennbare Ansatzpunkte einer Veränderung abzeichnen. Zuversichtlich richtet sich mein Blick zudem nach Südostasien, wo sich in Malaysia wie in Indonesien die Gesellschaften zu öffnen beginnen.